



Informationen

Der Raiffeisenverband Salzburg eGen unterliegt uneingeschränkt den Bestimmungen des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes - ESAEG zur Einlagensicherung und Anlegerentschädigung. Sie ist Mitglied der für die gesetzliche Einlagensicherung und Anlegerentschädigung zuständigen Österreichischen Raiffeisen-Sicherungseinrichtung eGen.

Der Homepage der Österreichischen Raiffeisen-Sicherungseinrichtung eGen (www.raiffeisen-einlagensicherung.at) sind die erforderlichen Informationen für

- die Einleger, insbesondere Informationen über die Bestimmungen für das Verfahren zur Erstattung von Einlagen und die Bedingungen der Einlagensicherung, und
 - die Anlegerentschädigung
- zu entnehmen.

Die wesentlichen Inhalte des ESAEG sind nachstehend zusammengefasst. Im Übrigen verweisen wir auf die gesetzlichen Bestimmungen, die wir auf Wunsch gerne zur Verfügung stellen.

Einlagensicherung

Umfang der Einlagensicherung

Die Einlagen (das sind Einlagen und Guthaben auf Konten oder Spargbüchern, wie z.B. Gehalts-, Spar- und Pensionskonten, sonstige Girokonten, Festgelder oder Kapitalsparbücher) natürlicher Personen und nicht natürlicher Personen sind pro Einleger mit einem Höchstbetrag von EUR 100.000,- gesichert, unabhängig davon, ob es sich dabei um eine private oder berufliche Einlage handelt. Bei der Berechnung der gedeckten Einlagen sind erstattungsfähige Einlagen nicht zu berücksichtigen, soweit ihnen Verbindlichkeiten des Einlegers gegenüber dem Raiffeisenverband Salzburg eGen gegenüberstehen, die gemäß gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen aufrechenbar sind und die vor oder spätestens zum Zeitpunkt des Eintritts des Sicherungsfalls fällig wurden.

Der Höchstbetrag bezieht sich immer auf ein Kreditinstitut (auch wenn dieses unter unterschiedlichen Marken auftritt).

Gemeinschaftskonten, Treuhandkonten

Bei Gemeinschaftskonten gilt die Obergrenze von EUR 100.000,- für jeden Einleger. Es ist für die Berechnung der erstattungsfähigen Einlagen der einzelnen Einleger der auf jeden Einleger entfallende Anteil an den Einlagen des Gemeinschaftskontos zu berücksichtigen, wenn die Einleger des Gemeinschaftskontos dem Raiffeisenverband Salzburg eGen besondere Regelungen für die Aufteilung der Einlagen schriftlich übermittelt haben. Haben es die Einleger unterlassen, Regelungen für die Aufteilung der Einlagen auf dem Gemeinschaftskonto an den Raiffeisenverband Salzburg eGen schriftlich zu übermitteln, so sind die Einlagen des Gemeinschaftskontos zu gleichen Teilen auf die Einleger zu verteilen. Einlagen auf einem Konto, über das zwei oder mehr Personen als Gesellschafter einer offenen Gesellschaft, einer Kommanditgesellschaft, einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder einer dieser Gesellschaftsformen entsprechenden Gesellschaft nach dem Recht eines Mitgliedstaats oder eines Drittlands verfügen können, werden bei der Berechnung der erstattungsfähigen und gedeckten Einlagen zusammengefasst und als Einlage eines Einlegers behandelt.

Bei offengelegten Treuhandkonten gelten die Treugeber als Einleger.

Temporär höhere Einlagen

Unter besonderen, nachstehend zusammengefassten Voraussetzungen sind temporär höhere Einlagen bis zu einem Gesamtauszahlungsbetrag von EUR 500.000,- gesichert:

- 1) Die Einlagen
 - ♦ resultieren aus Immobilientransaktionen im Zusammenhang mit privat genutzten Wohnimmobilien oder
 - ♦ knüpfen an Lebensereignisse des Einlegers an und erfüllen soziale, im Gesetz vorgesehene Zwecke wie Abfertigungsleistungen, Leistungen aus Sozialplänen, Vergleichs- und/oder Sonderzahlungen im Zusammenhang mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder Pensionskassenverträgen, Leistungen iZm Heirat (Ausstattung gem. § 1220 ABGB) oder Scheidung, oder
 - ♦ stammen aus Versicherungsleistungen, Entschädigungen, Schadenersatz- und Schmerzensgeldzahlungen im Zusammenhang mit erlittenen Beeinträchtigungen der körperlichen und/oder geistigen Unversehrtheit oder aus Straftaten Dritter, oder
 - ♦ resultieren aus gerichtlich oder im Vergleichsweg zuerkannten Ausgleichszahlungen für eine zu Unrecht erfolgte strafrechtliche Verurteilung,
- und
- 2) der Sicherungsfall tritt innerhalb von zwölf Monaten nach Gutschrift des Betrags oder nach dem Zeitpunkt, ab dem diese Einlagen auf rechtlich zulässige Weise übertragen werden können, ein.

Für die Zuerkennung der erhöhten Sicherungsleistung ist ein gesonderter Antrag des Kunden innerhalb von zwölf

Monaten erforderlich.

Ausnahmen von der Einlagensicherung

Die in § 10 ESAEG vorgesehenen Ausnahmen von der Einlagensicherung werden im Folgenden vereinfacht dargestellt. Nicht gesichert sind insbesondere

- ♦ Einlagen von Kredit- und Finanzinstitutionen, Versicherungsunternehmen sowie von Wertpapierfirmen,
- ♦ Einlagen von Pensions- und Rentenfonds sowie von Organismen zur gemeinsamen Wertpapierveranlagung,
- ♦ Einlagen von staatlichen Stellen, insbesondere von Staaten, regionalen und örtlichen Gebietskörperschaften sowie Zentralverwaltungen,
- ♦ Eigenmittelbestandteile, Schuldverschreibungen sowie Verbindlichkeiten aus eigenen Akzepten und Solawechseln eines Kreditinstitutes,
- ♦ Einlagen, die im Zusammenhang mit Transaktionen entstanden sind, aufgrund deren Personen wegen Geldwäsche rechtskräftig verurteilt worden sind,
- ♦ Einlagen, bei denen bis zum Eintritt eines Sicherungsfalls die Identität ihres Inhabers niemals gemäß den Bestimmungen des Finanzmarkt-Geldwäschegesetzes (FM-GwG) festgestellt wurde, es sei denn, die Identifizierung gemäß den Bestimmungen des FM-GwG wird innerhalb von zwölf Monaten nach Eintritt des Sicherungsfalls nachgeholt.

Anlegerentschädigung

Umfang der Entschädigung

Nach österreichischem Recht sind Wertpapiere den Anlegern von der depotführenden Bank zurückzugeben. Geldforderungen aus der Anlegerentschädigung sind sowohl bei natürlichen Personen als auch bei nicht natürlichen Personen mit höchstens EUR 20.000,- gesichert.

Forderungen von nicht natürlichen Personen sind jedoch mit 90 % der Forderung aus Wertpapiergeschäften pro Anleger begrenzt.

Forderungen, die von der Anlegerentschädigung erfasst sind

Grundsätzlich sind sämtliche Forderungen gegen das Kreditinstitut aus

- ♦ der Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren (Depotgeschäft),
- ♦ dem Handel des Kreditinstituts mit Geldmarktinstrumenten, Finanzterminkontrakten, Zinsterminkontrakten, Forward Rate Agreements, Zins- und Devisenswaps sowie Equity Swaps, Wertpapieren und daraus abgeleiteten Instrumenten,
- ♦ der Teilnahme des Kreditinstituts an der Emission Dritter (Loroemissionsgeschäft),
- ♦ der Hereinnahme und Veranlagung von Abfertigungsbeiträgen und Selbständigenvorsorgebeiträgen (Betriebliches Vorsorgekassengeschäft)

erfasst.

Ausnahmen von der Anlegerentschädigung

Die in § 47 ESAEG vorgesehenen Ausnahmen von der Anlegerentschädigung werden im Folgenden vereinfacht dargestellt.

Nicht gesichert sind insbesondere Forderungen aus Wertpapiergeschäften

- ♦ von Kredit- und Finanzinstitutionen, Versicherungsunternehmen sowie von Wertpapierfirmen,
- ♦ von Pensions- und Rentenfonds sowie von Organismen zur gemeinsamen Wertpapierveranlagung,
- ♦ von staatlichen Stellen, insbesondere von Staaten, regionalen und örtlichen Gebietskörperschaften sowie Zentralverwaltungen,
- ♦ von Eigenmittelbestandteilen, Schuldverschreibungen sowie Verbindlichkeiten aus eigenen Akzepten und Solawechseln eines Kreditinstitutes
- ♦ von dem Kreditinstitut nahestehenden Personen, wie Geschäftsleiter, Mitglieder des Vorstandes, des Aufsichtsrates, persönlich haftende Gesellschafter (bei Personengesellschaften des Handelsrechts), Rechnungsprüfer der Bank und Personen, die mind. 5 % Kapital der Bank halten, auch wenn diese Personen in ihrer Funktion für verbundene Unternehmen der Bank tätig sind (ausgenommen bei unwesentlichen Beteiligungen),
- ♦ von Angehörigen der dem Kreditinstitut nahestehenden Personen sowie Dritten, falls der nahe Angehörige oder der Dritte für Rechnung der dem Kreditinstitut nahestehenden Personen handelt,
- ♦ von anderen Gesellschaften, die verbundene Unternehmen (§ 244 UGB) des Kreditinstitutes sind,
- ♦ in Zusammenhang mit Transaktionen, auf Grund derer Personen in einem Strafverfahren wegen Geldwäscherei rechtskräftig verurteilt worden sind,
- ♦ für die der Forderungsberechtigte auf individueller Basis Zinssätze oder andere finanzielle Vorteile erhalten hat, die zu einer Verschlechterung der finanziellen Lage des Kreditinstitutes oder der Wertpapierfirma beigetragen haben,
- ♦ von Unternehmen, die die Voraussetzungen für große Kapitalgesellschaften im Sinne des § 221 Abs. 3 UGB erfüllen.

Abgrenzung Einlagensicherung - Anlegerentschädigung

Es besteht kein Anspruch auf Doppelentschädigung dadurch, dass für ein und dieselbe Forderung Entschädigung nach den Bestimmungen der Einlagensicherung und der Anlegerentschädigung ausbezahlt wird. Forderungen aus durch die Einlagensicherung gedeckten Guthaben von Konten sind aus der Einlagensicherung zu entschädigen.

Deposit protection -Investor compensation



Information

With respect to deposit protection and investor compensation Raiffeisenverband Salzburg eGen is fully subject to the provisions of the Austrian Act on Deposit Guarantee Schemes and Investor Compensation (Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz/ESAEG). The bank is a member of Österreichische Raiffeisen-Sicherungseinrichtung eGen, which is responsible for the statutory deposit guarantee and investor compensation scheme.

Information that is necessary for

- depositors; in particular information about the provisions on the procedure of repayment of deposits and the terms and conditions of deposit protection and
- investor compensation

can be found on the website of Österreichische Raiffeisen-Sicherungseinrichtung eGen (www.raiffeisen-einlagensicherung.at).

The main contents of the ESAEG are summarised below. For the rest, we refer to the statutory provisions which we will be pleased to provide upon request.

Deposit Protection

Coverage level

Deposits (i.e. deposits and credit balances in accounts or savings accounts, e.g. wage or salary accounts, savings accounts or pension accounts, other current accounts, time deposits or fixed-term savings accounts) of natural persons and non-natural persons are covered by a maximum amount of EUR 100,000 per depositor, irrespective of whether it is a retail or business deposit. When calculating the covered deposits eligible deposits are not to be taken into account if the depositor has liabilities vis-à-vis Raiffeisenverband Salzburg eGen which, according to statutory or contractual provisions, can be set off and which become due by the time of occurrence of the guaranteed event.

The maximum amount always refers to one credit institution (even if it operates under different trademarks).

Joint accounts; Escrow accounts

In the case of joint accounts the limit is EUR 100,000 per depositor. If the depositors of the joint account have sent specific regulations on the allocation of deposits to Raiffeisenverband Salzburg eGen in writing, the share of each depositor in a joint account shall be taken into account in calculating the eligible deposits. If the depositors failed to communicate regulations on the allocation of the deposits in the joint account to Raiffeisenverband Salzburg eGen in writing, the deposits in the joint account shall be divided equally among the depositors. Deposits in an account to which two or more persons are entitled as partners of a general partnership, a limited partnership, a civil-law association or a partnership corresponding to any of these types of partnerships under the law of a Member State or a third country, will be aggregated and treated as if made by a single depositor for the purpose of calculating the eligible and covered deposits.

In the case of disclosed escrow accounts the trustors shall be deemed the depositors.

Temporarily higher deposits

If special prerequisites, which are summarised below, are fulfilled, temporary higher deposits are covered up to a total repayment amount of EUR 500,000:

- 1) The deposit result from
 - ♦ real estate transactions relating to private residential properties; or
 - ♦ are linked to events in the depositor's life that serve social purposes provided for by law, such as severance payments, payments under social plans, settlement payments and/or special payments in connection with termination of the work relationship or pension fund agreements, payments in connection with marriage (marriage portion as defined in Section 1220 of the Austrian Civil Code (ABGB)) or divorce; or
 - ♦ are based on the payment of insurances benefits, compensation, damages or damages for pain and suffering in connection with impairments of physical and/or mental integrity suffered or offences of third parties or
 - ♦ result from compensation granted by court or under a settlement agreement for wrongful criminal conviction;

and

- 2) the guaranteed event occurs within twelve months of crediting the amount or from the moment when such deposits become legally transferable.

Granting of the increased coverage requires a separate application of the customer to be filed within twelve months.

Exclusions from deposit guarantee scheme protection

Please find below a simplified list of the exclusions from deposit protection provided for in Section 10 ESAEG.

The following is excluded from coverage:

- ♦ deposits by credit and financial institutions, insurance undertakings and investment firms,
- ♦ deposits by pension and retirement funds and undertakings for collective investment in transferable securities,
- ♦ deposits by public authorities, in particular governments, regional and local territorial entities and central administrations,
- ♦ components of own funds, debt securities and liabilities from own acceptances and promissory notes of a credit institution,
- ♦ deposits arising out of transactions on the basis of which persons have been convicted in a non-appealable manner for money laundering,
- ♦ deposits the holder of which has never been identified pursuant to the provisions of the Austrian Financial Market Money Laundering Act (Finanzmarkt-Geldwäschegesetzes/FM-GwG) until the occurrence of the guaranteed event, unless the identity is proven pursuant to the provisions of the FM-GwG within twelve months of the occurrence of the guaranteed event.

Investor Compensation

Amount of compensation

According to Austrian law the bank keeping the securities account has to return the securities to the investors. Monetary claims under investor compensation are covered up to a maximum of EUR 20,000 both for natural persons and non-natural persons.

However, claims of non-natural persons are limited to 90 per cent of the claim from securities transactions per investor.

Claims covered by investor compensation

In principle, all claims against the credit institution arising out of

- ♦ the safekeeping and administration of securities (custody business),
- ♦ the credit institution's trading in money market instruments, financial futures contracts, interest rate futures contracts, forward rate agreements, interest rate and currency swaps and equity swaps, securities and derivatives thereof,
- ♦ the credit institution's participation in underwriting third-party issues (third-party securities underwriting business),
- ♦ the acceptance and investment of severance pay contributions and pension fund contributions of self-employed persons (severance payment and pension fund business)

are covered.

Exclusions from the investor compensation scheme

Please find below a simplified list of the exclusions from investor compensation provided for in Section 47 ESAEG: Excluded are, in particular, claims arising out of securities transactions

- ♦ of credit and financial institutions, insurance undertakings and investment firms,
- ♦ of pension and retirement funds and undertakings for collective investment in transferable securities,
- ♦ of public authorities, in particular by governments, regional and local territorial entities and central administrations;
- ♦ of components of own funds, debt securities and liabilities from own acceptances and promissory notes of a credit institution;
- ♦ of persons related to the bank, such as managing directors, executive board members, supervisory board members, personally liable partners (in the case of partnerships under commercial law), auditors of the bank and persons who hold at least 5 per cent of the bank's capital, even if those persons hold offices in affiliated companies of the bank (except where minor stakes are concerned);
- ♦ of relatives of persons related to the credit institution and third parties are excluded from protection if the close relative or third party works for the account of the person related to the credit institution;
- ♦ of other companies/partnerships which are affiliates (as defined in Section 244 of the Austrian Business Code (UGB) of the bank;
- ♦ in connection with transactions on the basis of which persons have been convicted in a non-appealable manner for money laundering in criminal procedures.
- ♦ for which the beneficiary has, on an individual basis, obtained interest rates or other financial benefits which contributed to the aggravation of the financial situation of the credit institution or the investment firm;
- ♦ of companies which fulfil the requirements of large companies (große Kapitalgesellschaften) as defined in Section 221 (3) UGB.

Limitation with regard to deposit protection and investor compensation

There is no entitlement to double compensation due to the fact that compensation pursuant to the provisions of deposit protection and investor compensation is paid for one and the same claim. Claims with respect to credit balances in accounts covered by deposit protection have to be compensated under the deposit guarantee scheme.

Information on translation

The foregoing English translation is provided for your convenience only. In the event of discrepancies the German

original text shall prevail over the English translation.
